Nummer 535

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonnabend, 15. November 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Sunk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhard Rentner, Inseratenteil: i. V. H. Cotz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Peletas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 23 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

„Do X" vor der französischen Küste niedergegangen.

Infolge einbrechender Dunkelheit Zwischenwasserung vor Les Sables.

Das deutsche Flugschiff „Do X" hat am gestrigen Freitag seinen Flug von England nach Bordeaux durch eine Zwischenwasserung unterbrochen. Um 18,05 MEZ. hat „Do X" wegen starker Dunkelheit bei Les Sables (etwa 100 Kilometer von Rochefort) eine Zwischenlandung gemacht, die glatt vonstatten ging. Die Passagiere schlafen an Bord. Sonnabend früh wird „Do X" den Weiterflug nach Bordeaux durchführen.

Die Küstenfunkstation Port-Bouscat hat um 21,40 Uhr folgende Meldung gegeben: Das deutsche Flugschiff „Do X" ist um 21 Uhr bei La Rochelle angekommen und wird die Nacht über bei seinem Ankerplatz verbleiben.

Die Zwischenwasserung ist als ein neuer Beweis für die Manövrierfähigkeit des Flugschiffes zu deuten; verschiedene Meldungen betonen, daß „Do X" nach dem glatten Niedergehen sich mit Propellerantrieb schwimmend nach dem Süden weiterbewegte, um einen sicheren Uebernachtungsplatz zu finden. „Die Passagiere schlafen an Bord", lautet die letzte Meldung — ein Zeugnis für das Vertrauen in die Sicherheit des Flugschiffes.

Es bestätigt sich, daß die einbrechende Dunkelheit den Führer veranlaßt hat, von einem Weiterflug nach Bordeaux Abstand zu nehmen, um das Flugschiff bei der Wasserung in fremden Gewässern im Dunkeln nicht zu gefährden. Der ursprünglich ins Auge gefaßte Wasserungsplatz, der See von Hourtin, erwies sich leider zu spät als ungeeignet, da die Wassertiefe dort nur 1,50 Meter beträgt. Infolgedessen wurden sämtliche Funkstationen an der französischen Küste aufgefordert, dem „Do X" mitzuteilen, daß anstelle dieses Sees ein anderes Gewässer in der Nähe von Bordeaux für die Wasserung vorbereitet sei. Es scheint nun, daß diese Mitteilungen den Führer des Flugschiffs veranlaßt haben, die geschilderte Zwischenwasserung vorzunehmen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Zugunsten Deutschlands.

Schiedsgericht-Entscheidung in den amerikanischen Sabotage-Prozessen.

Berlin, 14. November.

In den zwei großen Sabotage-Prozessen, die seit mehreren Jahren vor der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission schwebten, und in denen Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich in der Höhe von etwa 40 Millionen Dollar geltend gemacht wurden, ist nunmehr die Entscheidung zugunsten Deutschlands gefallen.

In dem ersten der beiden Prozesse, der unter dem Namen „Black Tom-Fall" bekannt ist, handelt es sich darum, daß am 30. Juli 1916 auf dem Frachtbahnhof einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft im Hafen von New York, der den Namen „Black Tom Terminal" führt, eine große Explosion zahlreicher mit verschiffungsbereiter Munition beladener Eisenbahnwagen stattfand. Der zweite Prozeß, der sogenannte „Kingsland-Prozeß" bezog sich auf die Zerstörung einer Munitionsfabrik, die am 11. Januar 1917 in dem nahe New York gelegenen Orte Kingsland erfolgte. In beiden Fällen wurde von den Geschädigten die Behauptung aufgestellt, die Zerstörungen seien das Werk deutscher Agenten gewesen, die von deutschen amtlichen Stellen den Auftrag erhalten hätten, Sabotageakte in den Vereinigten Staaten auszuführen.

Die Kommission, die aus dem amerikanischen Juristen Chandler P. Anderson als amerikanischen Schiedsrichter, dem jetzigen Oberlandesgerichtspräsidenten am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg, Dr. Wilhelm Kießelbach, als deutschen Schiedsrichter und dem früheren Beobachter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, Roland W. Boyden, als Unparteiischen besteht, hat

nunmehr einstimmig festgestellt, daß Deutschland für die beiden Sabotagefälle nicht verantwortlich gemacht werden kann und hat daher die beiden Klagen zugunsten Deutschlands entschieden.

In den Gründen der Entscheidung stellt die Kommission ausdrücklich fest, daß im Kingslandfall die Explosion nicht von deutschen Agenten verursacht worden ist, und daß im Black-Tom-Fall das gesamte von den Klägern beigebrachte Beweismaterial bei weitem nicht ausreiche, die Richter zu überzeugen, daß die Explosion deutschen Agenten zur Last gelegt werden könne.

Der Kabinettsausschuß über Fortschritte der Preissenkungsaktion.

Ein Aufruf an die Verbraucher.

Der Pfennig wieder als Rechnungseinheit.

Die von dem Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen in Aussicht gestellte Verlautbarung wird nunmehr amtlicherseits veröffentlicht und führt im einzelnen aus:

„Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamtenbezüge und aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Lasten zu ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsläufigen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Uebergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preisen und Kaufkraft abgekürzt und das Wirtschaftsleben der Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder zugeführt wird.

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnis Hindernisse bereitet werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungstendenzen zu stützen, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen

der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preishaltung stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere. Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu dulden, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau einzelne unberechtigte Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, besonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern,

dessen Preise weit unter den Stand derer anderer Waren hinabgesitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse unter anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen. Denn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Uebersicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsgebieten, meist infolge der staatlichen Maßnahmen, gemacht hat. Gewiß sind an sich die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher unmittelbar von sinnfälligster Bedeutung. Trotzdem ist aber auch für ihn gleich wichtig, wenn

die Urstoffe der Wirtschaft verbilligt

werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herabsetzung der Kohlenpreise um 6 Prozent im Vordergrunde. Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 Prozent, die Preise für Walzwerksprodukte um 8 Prozent ermäßigt worden. Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 Prozent, Ziegel um 10 bis 15 Prozent, Fensterglas um 22 Prozent und Platten um 35 bis 40 Prozent im Preise gesunken. **Der Index der gesamten Baukosten ist seit Januar dieses Jahres um 11 Prozent zurückgegangen.**

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft weichen, dann muß davon der ganze Preisaufbau beeinflußt werden, der darauf ruht. Aehnliches gilt von den

Kosten der Nahrungsmittel,

die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Pf. auf 46 Pf. für das Normalbrot herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichts von 1225 Gramm auf 1250 Gramm. Das bedeutet eine Ermäßigung um 10 Prozent. Ferner soll in Zukunft das Brot einheitlich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das Pfund Schweinefleisch ist um 5 Pf. billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pf. für je 10 Pfund gesenkt gegenüber einem Preise von 40 bis 45 Pf. im Oktober dieses Jahres. Der Listenpreis der Milch ist für Berlin um 1 Pf. auf 29 Pf. gesenkt worden: im Oktober 1929 betrug er noch 32 Pf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Einführung der Qualitätsbezahlung für Milch dem Handel Mehr-Aufwendungen entstanden sind, auf deren Einrechnung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preissenkung grundsätzlich zugesagt. Die Einzelheiten werden noch im Benehmen mit der Marktforschungsstelle geregelt.

Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin. Das Preußische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekommen mitgewirkt. Es wird dafür sorgen, daß auch die zuständigen Behörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten. Bedeutsam ist in diesem Rahmen, daß der Deutsche Städtetag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischen sämtliche Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu zweifeln, daß

im Zusammenwirken aller Behörden

die Bewegung eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preissenkung gerichtet ist.

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien erwähnt die Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Malzkaffee, Honig, Makkaroni um 5 bis 12,7 Prozent. Auch einige andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmaße von 5 bis 20 Prozent.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die Preisermäßigung bei einer Anzahl von Waren 3¼ bis 10 Prozent, bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40 Prozent, bei Aluminium 10 Prozent und den Erzeugnissen daraus 8 Prozent. Gummireifen weisen eine Preisermäßigung von 10 Prozent, Linoleum im Durchschnitt von 5,3 Prozent, einzelne Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20 Prozent, Papier von 8 bis 10 Prozent auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabschlag von 8 Prozent, orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10 Prozent erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abschläge vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationssitte noch nicht entwöhnen kann, auf 5- oder 10-Pfennigbeträge abzurunden, der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preissenkungen zu verkleinern. Tatsächlich aber ist die Zeit dazu zu ernst.

Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je.

Darum muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermäßigungen herangehen."

Der französische Bankrach vor der Kammer.

Tardieu stellt wieder die Vertrauensfrage.

TU Paris, 14. November.

Die französische Kammer behandelte am Freitag nachmittag die radikalsozialistischen und sozialistischen Anfragen zu dem letzten Bankrach und der Börsenkrise. Der Finanzminister erklärte, daß eine Vertrauenskrise nicht zwischen dem Staat und seinen Bürgern, sondern zwischen Privatpersonen und den Banken bestehe. Er selbst habe die Politik Poincarés fortgesetzt. Die Regierung sei stets für die Sparer eingetreten. Tardieu stellte die Vertrauensfrage.

Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage erreichte Tardieu eine Stimmenzahl von 318 gegen 271, also eine Mehrheit von 47 Stimmen.

— Botschafter von Neurath von der Königin von England empfangen. Der neue deutsche Botschafter und Freifrau von Neurath wurden gestern von der Königin von England im Buckingham-Palast in Audienz empfangen.

— Die kommunistische „Junge Garde" verboten. Die „Junge Garde", Zentralorgan der kommunistischen Jugendverbände Deutschlands, ist auf die Dauer von zwei Monaten verboten worden, weil sie „eine an dem früheren Polizeipräsidenten Zörgiebel begangene Gewalttat ausdrücklich verherrlicht und gebilligt hat".

Die beiden christlichen Kirchen und der Nationalsozialismus.

Von einem christlichen Nichtparlamentarier geht uns folgende Zuschrift zu, der wir, als Beitrag zu dem heute besonders rege diskutierten Thema „Kirche und Politik", gern Raum geben:

Am 5. Oktober erschien in der „Berliner Börsen-Zeitung" ein Artikel „Nationalsozialismus und Katholizismus" von „einem Zentrumspolitiker". Wir sehen hier von den an sich äußerst beachtenswerten Ausführungen des Verfassers auf parteipolitischem Gebiet ab. Ueber die parteipolitischen Erwägungen hinaus, die schließlich doch Tageserscheinung bleiben, interessiert die Stellungnahme der katholischen Kirchenbehörden zum Wesen des Nationalsozialismus. Wenn auch das bischöfliche Ordinariat in Berlin nicht maßgebend ist für die katholische Kirche überhaupt, so hat doch seine Stimme über den engeren eigenen Bereich hinaus Bedeutung, zumal wenn „die tiefe Weisheit des Katholizismus", wie der Verfasser jenes Artikels mit Recht hervorhebt, aus ihr spricht. Merkwürdigerweise ist ein Echo aus evangelischen Kreisen bisher ausgeblieben, was bei der eminenten Wichtigkeit der Frage schwer zu verstehen ist. U. E. hätte das evangelische Kirchenregiment hinreichend Veranlassung gehabt, sich auch seinerseits zu äußern. Nicht zu den parteipolitischen Ausführungen, Wohl aber zu der Stellungnahme des bischöflichen Ordinariats, nachdem nun einmal durch jenen Artikel diese Stellungnahme der breiten Oeffentlichkeit und nicht nur dem engeren Leserkreise des katholischen Kirchenblattes für Berlin, Brandenburg und Pommern zur Kenntnis gekommen war.

Es mag nun im Nachfolgenden einem Laien verstattet sein, unter Fernhaltung jedes parteipolitischen Gedankengangs der Frage nachzugehen, wie sich die Einstellung der beiden christlichen Kirchen zum Nationalsozialismus als großer Idee im Interesse des Vaterlandes wunschgemäß zu gestalten habe.

Was ist die große Idee des Nationalsozialismus? Fragte man heute seine Führer einzeln danach, man bekäme sehr verschiedene Antworten zu hören. Denn diese Idee ist ganz jung, ist noch nicht gegeformt, noch keineswegs geklärt. Große Ideen treten nicht fix und fertig und nach jeder Richtung hin wohl abgewogen in die Welt. Ihre Träger wissen selbst nicht, wohin der Strom sie treiben wird. Es ist daher abwegig, dem Nationalsozialismus diese Ungeklärtheit als Vorwurf entgegen zu halten. Sie entspricht einstweilen ganz seiner Natur. Der Nationalsozialismus ist mit der elementaren Gewalt eines Naturereignisses gekommen, dessen künftige Auswirkung und Gestaltung nicht abzusehen ist. Wohl aber können wir seinem Ursprung sicher nachgehen. Den Anstoß hat gegeben der in unserem Volke immer mächtiger werdende Trieb, aus unserer heutigen Zwangslage auf nationalwirtschaftlichem und politischem Gebiet herauszukommen. Aber das wollen endere auch, die den Nationalsozialismus verwerfen. Schwung und Wucht erhielt die Bewegung aus dem Willen der jungen Generation, mit all dem Grümpel eines verkalkten Parlamentarismus, mit dem kleinlichen Rechnen und Berechnen der führenden Stellen in Fragen aufzuräumen, die schicksalbildend für Deutschland sind. Sie wollen wieder große Ideen, große Gesichtspunkte als Leitsterne für die Männer, die die Zügel der Regierung führen. Welche, — das wissen sie heute selbst noch nicht genauer als mit allgemeinen Umschreibungen anzugeben. Ihr Verlangen und Sehnen, ihr Wille aber ist berechtigt, wie jedes Naturereignis als solches nach Konfession für sein Erscheinen nicht zu fragen braucht. Jetzt heißt es, die große Bewegung in die richtige Bahn leiten, auf daß sie für unser Vaterland zum Heil gereiche. Das katholische Kirchenblatt sagt, „laßt uns nur beten um die Gnade, daß die rechten Führer auftreten; Wille zur Gefolgschaft ist überreich vorhanden". Diese Worte enthalten m. E. den Kern des bischöflichen Erlasses, soweit er sich mit Erwägungen über die zukünftige Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung beschäftigt. Die Führer fehlen. Es werden viele Führer und Berater nötig sein. Hier setzt die Aufgabe der christlichen Kirche ein.

Beide Kirchen haben diese ihre Aufgaben als solche noch nicht allgemein erkannt und anerkannt. Man verhält sich abwartend, mancherorts ablehnend. Einige süddeutsche Bischöfe haben scharf Stellung gegen den Nationalsozialismus genommen. Das evangelische Kirchenregiment übt unter dem Zwange seiner größeren Abhängigkeit vom

Diese Ausgabe enthält die Beilage Nr. 46
Der deutsche Beamte